

Sächsische Volkszeitung

Die Ergebnisse der Wettbewerbe zeigen, dass die bei den abgebildeten Betrieben A mit einem Durchschnittsertrag von 10,23 Mio. Bruttoeuro je Betrieb und Tag ein erheblicher Unterschied zwischen der Bruttogabe A (10,65 Mio. Bruttoeuro) und der Bruttogabe B (9,90 Mio. Bruttoeuro) besteht. Die Bruttogabe B ist jedoch auf alle Betriebe hinweg gleich verteilt.

etwaigenen Zahlen aus den Ausgaben für 1918 gibt, der größte Betrag war £ 14. — Dies ist ein Vier-Spannen **£ 140**. — Beim dritten **£ 50** x. Kosten-Zinsen **£ 100**, — Ein weiterer geringerer Betrag — 4 getriebene ungetriebene Zahlen — 17 — in die Tabelle aufgenommen — und damit ist der Betrag der Zinsen **£ 170**.

Gedenkprediger 21 366

Bethausen 21 366
Bottschmiede Leipzig Str. 1479

Der sächsische Zentrumsparteitag

Dresden, 22. März.

In schwerer, ernster Zeit, da infolge des endlosen Streitfus machtlässtner Gesellen wilde Zielschauer aufs neue das Deutsche Reich durchzuden und die blutigen Ereignisse allerorts noch in unmittelbarer Anschauung und Erinnerung stehen, trat am Sonntag die Sächsische Zentrumspartei zu ihrem ersten Parteitag in Dresden zusammen. Die Geschichten der letzten Tage und die bestehende Unsicherheit der Verkehrsverhältnisse ließen zwar einen Zweifel an seinem Ablaufkommen leichtig erscheinen, aber gerade sie machten es erforderlich, die Tagung nicht hinauszuschieben, sondern trotzdem abzuhalten, um den Parteiangehörigen die Stellung des sächsischen Zentrums zur Gegenrevolution der Kappisten öffentlich klar und deutlich zu kennzeichnen, wie es ja bereits vorher in unzweifelhafter Weise der geschäftsführende Ausschuss getan hatte. In dieser Hinsicht hatte der Parteitag seine besondere Bedeutung. Unter den denkbar grütesten Schwierigkeiten waren die Delegierten der einzelnen Ortsgruppen des Landes nach Dresden geeilt. Aus Nord und Süd, Ost und West hatten sie sich hier zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, bereit von dem Willen zu schaffen und zu wirken für die Ideale der Zentralpartei. In Aufmerksamkeit der außerordentlichen Verhältnisse war der Besuch der Tagung ein außerordentlich erfreulicher zu nennen. Sehr viele Ortsgruppen des Landes hatten ihre Sprecher entsandt. Vertreten waren die Ortsgruppen Annaberg, Bautzen, Chemnitz, Döben, Dresden, Großenhain, Lößnitzortschaften, Meißen, Neulendorf, Ostritz, Oschatz i. E., Pirna, Radeberg, Schmöckwitz, Seidnitz, Werben, Zittau und Zwickau. Leider konnten die Vertreter der Ortsgruppe Leipzig zum großen Bedauern aller nicht erscheinen, da infolge der blutigen Rämpfe in der Stadt jeglicher Zugverkehr gesperrt war. Wenn wir die Verhandlungen in ihrem gesamten Verlaufe überblicken, so bieten sie ein schönes Bild einmütigen Zusammenstehens, zielbewusster Arbeit und frischen, arbeitsfreudigen Wollens. All die Wünsche und Sorgen der einzelnen Gruppen fanden verständnisvolle Aufnahme und eingehende Beratung. Bei jedem Einzelnen kam der feste Willen zum Ausdruck, mit aller Kraft einzutreten für die erhaltenen Ziele der christlichen Volkspartei. Den Mittelpunkt der Verhandlungen und gewissermaßen den Grundstock bildete das Referat des Herren Vorstehtertäts und Haupthschriftleiters Hehlein, der in dankenswerter Weise in letzter Stunde für den ehrlos durch Angstverre verhinderten Herrn Abgeordneten und Verlagsdirektor Dr. Otto eingesprungen war. Was hier Herr Hehlein, wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen, in erschöpfer Weise darlegte, war ein klares, deutliches Bild der politischen Ereignisse des letzten Jahres und der in ihm versorgten Politik des Zentrums bis zur Gegenwart. Der begeisterte Beifall, der am Schluss der Rede zu einer mächtigen Kundgebung anwuchs, zeigte, wie es der Redner verstanden, die Herzen der Zuhörer zu ergreifen und die Gemüter zuflammender Begeisterung zu erheben.

Dieselbe begeisterte Zustimmung aller Teilnehmer zeigte sich, als im Verlaufe der folgenden Aussprache Herrn Hesselein für die unentwegte politische Haltung des sächsischen Zentralorgans, der „Sächsischen Volkszeitung“, und für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste der Parteiorganisation, die ja in Frist gesetzlich überraschend große Erfolge gezeigt hat, vollste Anerkennung und herzlichster Dank zuteil wurde. Im weiteren Verlaufe der Aussprache beschäftigte man sich mit den wichtigsten Fragen und Angelegenheiten, deren Veratung besonders im Hinblick auf die schwierigen sächsischen Verhältnisse, wie sie im besonderen wieder den Katholiken aus der Schulfrage erwachsen, von außerordentlicher Bedeutung waren. Und hier konnten die Delegierten die Gewissheit mit nach Hause nehmen, daß das Zentrum im Reiche auf dem Gebiete der Schulfrage alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um die Forderungen der christlichen Eltern und insbesondere die seiner sächsischen Freunde durchzusetzen. Der erste Parteitag hat einen Verlauf genommen, wie man ihn wohl kaum erhoffen konnte. In den wenigen Stunden wurde wirklich erstaunliche, erfolgreiche Arbeit geleistet und das Band, das die sächsischen Parteifreunde umschlingt, ist nur noch fester geknüpft worden. So ist der Parteitag ein voller Erfolg gewesen und hat wiederum auf neue die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei hingegessen, getreu dem Motto Gröbers und Windthorsts: Seid einig, einig, einig!

Der erste Vorsitzende der Landespartei, Herr Regierungsdamitmann Michael von Schönberg-Roth-Schönberg, eröffnete die Tagung kurz nach 10 Uhr donnerstags und hielt eine kurze Ansprache.

schienenen Delegierten. Nur Leipzig habe keine Vertreter entsenden können, da eine Bahnverbindung mit Leipzig infolge der dortigen Räumje noch nicht besteht, was um so mehr zu bedauern sei, da gerade die Letzigruppe Leipzig die Anregung zur Renorganisation der Landespartei gegeben habe. Der Vorsitzende bemerkte ferner den Werterhalt heutigen Tagung, die im Geiste volkischer Hochspannung feiere. Die rechtsradikale „Regierung“ Krupp habe eine linksradikale Politik der Strafe ausgelöst, von der sich das Zentrum abwenden müsse wiederholt von jeder Gewaltpolitik. Nachdem der Vorsitzende die Tagesordnung bekannt gegeben, geht er zu Punkt 1 derselben, zum

Jahresbericht

des geschäftsführenden Ausschusses über. Hauptausgabe des Ausschusses war die Abfassung der neuen Satzungen, da sich die bisherige Organisation als Zentrumswahlverein als ungenügend herausgestellt hatte, weil sie nur für kleinere Ziele berechnet war. Das Ziel der Landesgruppe muß heute viel weiter gesteckt werden, es muß vor allen Dingen dahin gehen, mindestens einen Abgeordneten in die gegebene Nördliche Räteversammlung Sachens zu entsenden. Der Kampf um die christliche Weltanschauung muß heute mit allen Kräften aufgenommen werden. Sodann der Kampf um die konfessionelle Schule, um die christlichen Erziehungsanstalten überhaupt erfolgreich sein, so muß er von einer starken politischen Organisation getragen werden. Hwarz hat das Reichszentrum den Boden für einen erfolgreichen Schullampf geelnet, aber auch in den Ländern müsse eine starke Parteiorganisation den Kampf für die christlichen Ideale aufnehmen. Auch der geschäftsführende Ausschuss hat sich mehrere Male mit Schulfragen beschäftigt, wenn dies auch nicht so sichtbar hervorgekommen sei wie beim Parteisekretariat, das, mit Herrn Hauptgeschäftsführer Heslein als Parteisekretär an der Spitze, ebenfalls im Landstaatlich gewirkt habe. Die kommenden Wahlen seien für unser Landespartei die Feuerprobe, weshalb es auch für jeden einzelnen gelte, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um den Wahlmann zu einem erfolgreichen zu machen. Die Gelegenheit zu solcher Arbeit bieten die Ortsgruppen, deren Zahl im vergangenen Jahr auf 32 gestiegen sei. Besonders habe auch das Zusammenarbeiten zwischen Parteisekretariat und Ortsgruppen sehr reichen gebracht und er könne die Versammelten nur zu weiterer eifriger Werktätigkeit auffordern. Worte herzlichen Dankes richtete der Vorsitzende hieran noch an die Herren Universitätsprofessor Dr. Strieder, Hauptgeschäftsführer Heslein und Rechtsanwalt Dr. Hille, die die südliche Landesgruppe auf dem Reichsparteitag vertreten haben und erfolgreich für Sachsen eingetreten sind. Das Ergebnis der Organisationsarbeit sei ein recht erfreuliches, wenn man die fast das ganze Jahr andauernd schwierigen Verhältnisse in Rechnung zöge. Zum Schlusse dankte er auch allen Förderern der Landesgruppe und rief, um ein entsprechliches Arbeiten zu ermöglichen, öftere Zusammentreffen des Landesvorstandes an.

Darauf erhält Herr Reichsanwalt Dr. Hille als Kassierer das Wort zum Kassenbericht. Im vergangenen Jahre seien von den Ortsgruppen im Abetracht der noch zu tilgenden Wahlkosten keine Mitgliedsbeiträge erhoben worden. Die Eingänge seien sich lediglich aus freiwilligen Gaben der Ortsgruppen oder einzelner Mitglieder zusammen und betragen 2397,95 M. Die Ausgaben seien verhältnismäßig gering und belaufen sich auf 1813,40 M., so daß 584,55 M. als Bestand zu buchen seien. Die für das kommende Jahr zu erwartende Einnahme betrage, da für jedes Mitglied Suhungsgemäß 1 M. zu zahlen sei, etwa 5000 M., wogegen noch die in diesem Jahre zu erwartende freiwillige Gabe Leipzigs in Höhe von etwa 1000 bis 1200 Mark kommt, welche Einnahmen gewiß ausreichen würden, um das Parteihauptamt auch weiterhin zu unterhalten. Darauf wird eine Suhungshandlung vorgenommen, die sich notwendig gemacht hatte, um die Suhungen der Landesgruppe mit denen des Reichszentrums in Übereinstimmung zu bringen. Es handelt sich um § 1, der das zum Zeitlitz erforderliche Mindestalter vom besieben des aktiven Wahlrechtes abhängt, was, entsprechend den Suhungen des Reichszentrums dahin abgeändert wird, daß bereits das vollendete 17. Lebensjahr zum Zeitlitz berechtigt.

Nach letzter Pause erhält nun Herr Chefredakteur Heßlein das Wort zu seinem Referat über

die politische Zeit

während des letzten Jahre

Der Redner ging in seinem Vortrage von den Ereignissen der letzten Wochen aus. Er wies darauf hin, daß wir eben im Begriffe waren, wieder Langsam hochzukommen und schilderte die Folgen des Kappischen Putsches. Dann gab er in mehr als einstündigem Vortrage einen Rückblick über die Lage des letzten Jahres. Dabei betonte er auch unter anderem § 17a R. Es gäbe viele mehr als die als den Zeitpunkt der Wiederherstellung des 3. Reiches 1918 anzusehen. Welch ein fundamentaler Irrtum! Die Wiederherstellung, die sich ja nicht allein auf Deutschland erstreckte, hatte mit dem Tage des Ausbruches des Weltkriegs begonnen, und ihre Wurzeln liegen noch viel weiter zurück. Sie gehen zurück auf die Zeit des schrecklichen

noch der letzte stand". Der sozialistische Liberalismus, der sich im 19. Jahrhundert als neue Form des liberalen Gedankens etablierte, war eine Reaktion auf den aufstrebenden Imperialismus der letzten Jahrzehnte, von dem die ganze Welt erfasst worden ist. Der unvergessliche Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler hat in seiner heute noch so lebenswerten Rede über "Liberalismus, Sozialismus und Christentum", gehalten auf der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands zu Mainz 1871, den Satz geprägt: "Eine Wahrheit müssen wir scharf ins Augen lassen, der Sozialismus, der an sich eine der verdächtigsten Errungen des menschlichen Geistes ist, ist vollkommen berechtigt, wenn die Prinzipien des Liberalismus wahr sind. Nur weil diese unwahr sind, darum ist auch er unberechtigt. Hätte aber der Liberalismus in seinen Prinzipien recht, so hätte der Sozialismus in seinen Folgerungen recht."

in der Welt geherrscht hat, auch bei uns in Deutschland. Und vom wirtschaftlichen Liberalismus waren und sind viele christliche Kreise angefeindet, vor allem auf konservativer Seite. Die Lösung aller grossen Probleme der Zeit kann aber nur erfolgen, wenn die Grundwahrheiten, die im Christentum vorhanden sind, nicht nur durch Worte, sondern wirklich wieder in die Tat umgesetzt werden. Der Geist des hl. Franziskus muss wieder Einzug halten auch in unserm öffentlichen Leben. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß man sich schmollend und grosslippig außerhalb der Dinge stellt. Gerade Bischof von Stenuel hat schon als Pfarrer hier ein auch für unsere Tage rühmungswertes Beispiel dadurch gegeben, daß er 1848 in die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. eintrat und mitarbeitete. Die Seele, die der damalige Pfarrer Emanuel von Ketteler am Thabe der Revolutionssophie in Frankfurt hielt, gibt auch für die heutige Lage noch sehr wichtige Fingerzeige. Er hat in der damals für Deutschland schwierigen Zeit niemals die Hoffnung aufgegeben, und sein gesunder Optimismus hat sich bewährt. Wie lebt jetzt wieder in einer schweren Zeit, in einer Zeit der Gärtnerei, die die ganze Welt erschüttert hat. Wer ist schuld, das ist die Frage, die alle Menschen bewegt. Damals, am 4. August 1914, als das Volk sich in einschläferischer Massen erhob, um die Grenzen des Vaterlandes zu verteidigen und zu idjuten, hat kein Mensch nach Schuld gefragt. Und damals ist auch das Wort gesprochen worden: Uns treibt nicht Freiheitssucht. Es herrschte Unzufriedenheit. Der Bruch dieses Unzufriedens erfolgte aber gerade durch diejenigen Herren, die eben jetzt wieder unheiligerweise im Vordergrunde standen und die nur die Volksruhe verstanden haben, sonst hätten sie sich nicht bis zum Oktober 1918 an das ungünstige Dreiklassenwahlrecht gesammert. Das Zentrum ist immer bestrebt gewesen, den Volksrechten Nachdruck zu tragen und im Oktober 1918 war man auf dem besten Wege dazu. Ueber Nacht kam da die Revolution. Der Vorwurf, das Zentrum habe die Revolution mitgemacht, muß entschieden abgeschafft werden. Im Aufschluss daran beteiligter Herr Heklein einnahm an der Hand der Reichsverfassung und unter besonderer Berücksichtigung der kulturellen Fragen die Sitzung des Zentrums und ihm dabei insbesondere auf die Trennung von Kirche und Staat und auf die Schulfrage zu fördern, um dann schließlich nodonale auf die gegenwärtige Lage einzustimmen. Herrn ist die Kapp-Aktion beendet, und gewiß müssen wir nun mit aller Kraft und gegen Links wenden und den Bolschewismus bekämpfen. Alle, die dazu mithelfen, sind willkommen, aber eines dürfen wir dabei nicht vergessen. Wenn auch der Kommunismus und Bolschewismus vor dem 13. März noch nicht tot war, wenn es auch da und dort noch aufbliesse, so musst doch feststellt werden, daß durch die fortlaufende Verbesserung der Lage die kommunistischen Treibereien ihre Schwungräfte verloren hatten. Das erneute Auflammen des Bolschewismus ist einzah und allein die Schuld des Parties von rechts und daher müssen wir alle Gemeinschaft, genau wie mit den Kommunisten auch mit denen ablehnen, die direkt oder indirekt an diesem Narpschen Vorstoß beteiligt waren. (Beifall.) Niemals hat sich deutlicher gezeigt, wie richtig und vorausschauend die Politik der Zentrumspartei war, als in diesen Tagen. Nachdem Niedner noch in herzerlöschender Weise mit den Kapplernten abgerechnet hatte und dabei auch auf den unheilsbringenden Einfluß ihrer Aktion auf das Abstimmungsgebiet Lier- schlejens hinwies, wandte er sich scharf gegen die Heyle, wie sie vor allem in Sachen gegen das Zentrum betrieben wurde, und er behandelte in diesem Zusammenhang auch den Fall Erzberger. Mag Erzberger in diesem oder jenem Punkte Fehler begangen haben, mag er da und dort zu weit gegangen sein, etwas Ehrentägliches konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Wir lehnen es ab, daß man einzelne Fehler Erzbergers der Partei an die Notschöpfen zu hängen versucht. Die Politik der Zentrumspartei wird davon nicht berührt, und auch die Zentrumshänger sollen und dürfen nicht vergessen, welch außerordentlich große Verdienste sich Erzberger in Jahrzehntelanger Arbeit um Partei und Vaterland erworben hat.

Die Folge des heutigen Puschkes wird auch in Bestrebungen gingen treten, die auf eine weitergehende Radikalisierung hinauslaufen. Wir sehen das bereits an dem Ausgang der Berliner Einigungsverhandlungen. Uns werden in der Zeitunionszeit große und schwere Aufgaben erwachsen. Wie haben das Vertrauen zur Partei und zur Fraktion, daß sie diese Aufgaben lösen wird und auch lösen kann, wenn sie das Vertrauen der gesamten Wählerschaft des Zentrums hinter sich hat. Mit einem begeistert aufgenommenen Appell zur Mitarbeit an den schweren Aufgaben für unser hartegeprüftes teures Vaterland und der Aufforderung, der Partei die Tiere zu halten und ihr beim kommenden Wahlkampf zum Sieg zu verhelfen schloß der Redner.

Mit Worten herlichsten Dankes für Herrn Parteisekretär Hesse

Als erster Debattierredner übermitteilt Herr Hunger (Werdau) im Auftrage seiner Gruppe Herren Hauptleiter und Partei-Justizrat Hohlein den Dank der Werdauer Zentrumsbünder für seine tapfere Arbeit und besonders für seine Tätigkeit an der „Sächsischen Volkszeitung“. Weitere bittet er, die Partei auch durch Geldmittel kräftig zu unterstützen und weist auf den Preschverein hin. Er selbst meldet sich als lebenslängliches Mitglied des Preschvereins an.

Erste Berücksichtigung

Aussprache.

meldet sich als lebenslängliches Mitglied des Preußvereins an.

Herr Dr. Jehne (Bauhen) betont vor allem, daß die von Grund auf geänderten Zeitverhältnisse rege politische, soziale und wirtschaftliche Betätigung verlangen. Nicht einmal er als Geistlicher könne sich von Politik fernhalten und müsse Stellung nehmen zu allen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens, um so mehr sei es für jeden anderen Pflicht, als Votienapostel für die christlichen Ideale einzutreten. Die Politik des Zentrums sei der einzige Weg, den man hierbei einschlagen könne.

Harmoniums-Hörügel

**Voller edler Orgelton!
Solides Material!
Garantie!
Alle Preislagen!**

Verkauf: Hentschel & Gräf, Dresden-A.
Schloßstraße 18
Fernspr. 13432

Als Vertreter der Arbeiterschaft ergriff darauf Herr Gewerkschaftssekretär Höhle (Dresden) das Wort, der betont, daß das Zentrum eine Volkspartei sei und der wünscht, daß endlich auch die christliche Arbeiterschaft eintreten möge, daß ihre Kulturreferenzen einzig und allein vom Zentrum vertreten würden. Um das zu erreichen, müsse die Einführungnahme mit der Arbeiterschaft verknüpft werden. Außerdem sei es dringende Pflicht jedes einzelnen, die christlichen Arbeiter gegen den geradezu unerbittlichen Terror der sozialistischen Arbeiter zu schützen und herartige Fälle den christlichen Gewerkschaften mitzuteilen, die dann die Angelegenheit in die Hand nehmen.

Herr Schuldirektor Grohmann (Chemnitz) würdigte sodann die Verdienste, die sich die sächsische Zentrumspartei, vor allem aber die „Sächsische Volkszeitung“ im Schulampe erworben hat.

Darauf lädt der Vorsitzende eine einstündige Mittagspause ein. Nach dieser geht der Parteitag zu den Wahlen für den neuen Landesvorstand über, aus denen, gemäß dem Vorschlag des geschäftsführenden Ausschusses Herr Rechtsanwalt Dr. Höhle (88 von 90 abgegebenen Stimmen) als erster Vorsitzender, Herr Pastor Bodenbürger (91 Stimmen) als zweiter Vorsitzender, Herr Lehrer Höhle (90 Stimmen) als Kassier und Herr Gewerkschaftssekretär Höhle (91 Stimmen) als Schriftführer hervorgeht. Herr Baron von Schönberg-Roth-Schönberg vertritt, dem Zentrum auch weiter die Tug zu halten (Bravo) und überläßt nun den Vorsitz dem neu gewählten Herrn Dr. Höhle, der den Delegierten für das ihm bewiesene Vertrauen dankt und alle Anwesenden zu ehriger Mitarbeit an der Zentrumssache aufordert. Schon durch die Wahl des Herrn Gewerkschaftssekretärs Höhle in den Vorstand soll angekündigt werden, daß die Partei die Kasse verbreitern will, daß sie auch die politisch gesetzten Arbeiter an sich ziehen will, um ein starkes Volkswissen gegen den Bolschewismus zu werden. Auch dankte Herr Rechtsanwalt Dr. Höhle dem bisherigen Vorständen mit warmen Worten, indem er betonte, daß vom Bratz und mittan auch zur heutigen Volkspartei auch der Adel gehöre. (Bravo)

Zur wieder erstatteten Debatte überbringt zunächst Herr Lehrer Kretschmer (Bitterfeld) den Dank seiner Ortsgruppe und sprach ihm sein volles Vertrauen aus, daß durch die Haltung, die die „Sächsische Volkszeitung“ in Kopftuch und eingetragen habe, nur verschämt worden sei. Von Verteilungspresse überzeugt, wünscht er ferner, daß die Ausgabezeit zur Partei doch möglichst auch zum Halten der „Sächsischen Volkszeitung“ verpflichtet sollte. Nach einem kurzen Hinweis auf die vom Reichsparteivorstand herausgegebenen „Mitteilungen der deutschen Zentrumspartei“ nimmt er scharf gegen die Tretberater der „Götterkörperschaft“ Stellung und beleuchtet im Anschluß daran die nicht abweichende Perspektive, die sich Erzberger von das deutsche Volk erwünscht hat. Auch auf die Notwendigkeit sozialer und politischer Erklärungsarbeit in den Jugendvereinen macht der Kritiker außerordentlich deutlich, es kommt, daß durch Herausgabe von Flugschriften die Werbearbeit erleichtert werde. Dann geht der Redner noch auf die Schulfrage und die Frage des gewerkschaftlichen Wissens.

Herr Lehrer Kretschmer (Chemnitz) betont, daß Reichszentrum zu erfreuen, das neue Wahlgesetz noch vor der Neuwahl des Reichstages einzubringen und zu verabschieden. Vor allem wünscht er ein geschlosseneres Vorzeichen in der Schulfrage.

Herr Hügler (Werdau) empfiehlt das Aufzeigen der „Sächsischen Volkszeitung“ in Restaurations- und Schankbetrieben. Ferner wünscht er, daß das Zentrum für die Heilkundlichen eintreten möge und regt an, kleinere Ortsgruppen durch finanzielle Beihilfen zu unterstützen.

Herr Dr. Fechner betont, daß er nach wie vor Abhänger und Freunde Erzbergers sei und dessen Verdienste voll und ganz würdige. Weiter beschwört er neben der konfessionellen Volkschule auch die konfessionelle Lehrerbildung, die er unter allen Umständen gewahrt wissen will. Weiter geht er auf die Stellung des Zentrums zur Landwirtschaft und insbesondere auf die Wendenfrage ein.

Herr Schäffel (Cöln) bringt Wünsche zur Landwirtschaft zum Ausdruck. Auch er begrüßt die Unterstützung der Werbearbeit durch Flugschriften.

Sodann erhält Herr Regierungsrat Dr. Hägler als Reichsdelegierter das Wort, der vor allem zur Erzbergerfrage Stellung nimmt. In musterhafter Weise lenkt er die Verdienste Erzbergers, die dieser sich sowohl vor, als auch während, besonders aber nach dem Kriege erworben habe. Man habe an Erzberger Politik zwar über die Maßen leidet, ein willkicher Vorschlag zum Bessermachen sei aber nie gemacht worden. Mit einer Handbewegung sei ein Mann wie Erzberger nicht abzutun. Das Zentrum sei die einzige Partei, die im Rahmen des Christentums ausgleichend wirke und die gerade in der Sphäre einer Klarheit, unscheinbaren Standpunkt einnehme. Was die eigene Position nach seines Sohnes felde, aber das man aus auch lassen solle, was nicht ist. (Sturm, Bräu)

Dann spricht noch Herr Vorsitzender Lorenz (Bitterfeld), der den Ausbau des Betriebsmännerstems und den Zusammenschluß der Ortsgruppen zu Kreisverbänden mit regelmäßigen abwechselnden Versammlungen der Verbandsvorsitzen empfiehlt.

Herr Direktor Grohmann (Chemnitz) beantragt, daß Reichszentrum zu erfreuen, bei der Steuergesetzgebung eine größere Rücksichtnahme auf die Kinderzahl zu erwarten.

Es werden nun die im Verlaufe der Tagung festgestellten.

Anträge

verlesen und zur Abstimmung gebracht. Zuerst ein Antrag des geschäftsführenden Ausschusses:

Der Parteitag der sächsischen Zentrumspartei billigt die Politik der Zentrumspartei des Reiches und stellt sich ohne Einschränkung hinter die Fraktion. Insbesondere dankt der Parteitag der Fraktion für das entzessene Eintreten in der Schulfrage. Der Parteitag steht

allethalben auf dem Boden der Verlaubbarungen der Fraktion zu den jüngsten Ereignissen.

Er erwartet, daß das Zentrum seinen ganzen Einfluß ausübt, daß Revolutionäre von rechts und von links nach der ganzen Strenge des Gesetzes bestraft werden. Er erwartet ferner, daß die Regierungsmitglieder des Zentrums jeden gewalttätigen Einfluß der Straße zurückweisen und nur Wünsche vertreten, die auf verfassungsmäßigem Wege geltend gemacht werden. Der Parteitag bittet die Fraktion, daß neue Wahlrecht nach Möglichkeit noch vor der Reichstagssitzung zu verlangen.

Weiter wurde über folgenden Antrag Lorenz-Kretschmer:

Der Vorsitz der sächsischen Zentrumspartei bittet die Zentrumssaktion der Nationalversammlung, bei Beratung des Reichsverfassungsgesetzes im Kirchen- und Schulausschuß der Fraktion einen Fachmann (Oehler) aus Sachsen als Berater für Sachsen zuzuziehen. Die Wahl dieses Delegierten bleibt dem lath. Lehrerverband Sachsen vorbehalten.

Weiter wurde über folgenden Antrag Lorenz-Kretschmer:

Die Reichstags-Zentrumssaktion möchte bei Beratung von Gesetzen, die von einschneidender Bedeutung für das um seine Existenz ringende Handwerk sind, vor der Verabschiedung derselben Vertreter des Handwerks hören.

Schließlich wurde folgender Antrag Grohmann eingesetzt:

Die alle vorhergehenden einstündig angenommen:

Der am Sonntag den 21. März 1920 in Dresden tagende Parteitag der sächsischen Zentrumspartei wolle beschließen, bei der Zentrumspartei der deutschen Nationalversammlung dafür einzutreten, daß die Steuergesetzgebung des Reiches nicht als dies im bisherigen Geiste der Fall war, eine den jetzigen Verhältnissen angemessene Verhältnisierung der Kinderzahl bei der Festlegung der Steuerklassen vorsicht.

Ein Antrag in Ordnungsfrage Leipzig:

Die Ortsgruppe Leipzig der Zentrumspartei wolle die Gründung eines Beamtenausschusses, wie er bei der Deutschen Zentrumspartei und der Demokratischen Partei besteht, bei der sächsischen Zentrumspartei beantagen und den Parteivorstand ersuchen, daß dieser beim Reichsparteivorstand die Einrichtung einer gleichen Ausschusses beantragt würde, da eine Aussprache mit den am Erfreien verhinderten Delegierten nicht möglich war, zur Beratung an den geschäftsführenden Ausschuss vorzutragen.

Nachdem noch Herr Direktor Grohmann der Leitung des Parteitages gedankt hatte, schloß Herr Rechtsanwalt Dr. Höhle nachmittags 5 Uhr die in begeisterten Eininstimmigkeit verlaufene Tagung.

Amerikas Ablehnung der Ratifizierung

Washington, 20. März. (Hava.) Der Senat hat eine Resolution angenommen, in der er sich weigert, den Friedensvertrag zu ratifizieren.

Im Senat stimmten 49 Mitglieder für die Ratifizierung des Friedensvertrages, dagegen 35. Die erforderliche Zweibefürlichkeit kam nicht zustande. Der Senat hat also die Ratifizierung verworfen. Raut Blättermeldungen hat Senator Knox eine Enthüllung eingebracht auf Abschluß eines Sonderfriedens und Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland.

Washington, 20. März. Der Friedensvertrag wurde vom Senat nicht ratifiziert, da die Entschließung, die die republikanischen Vorwände enthält, die vorgeschriebene Zweibefürlichkeit nicht erzielt. Senator Lodge schlug eine Entschließung vor, die den Friedensvertrag an Wilson zurückweist, da es unnötig sei, ihn zu ratifizieren. Der Senat hat dieser Entschließung zugestimmt.

Separatvertrag mit Deutschland?

Paris, 21. März. Nach einer Meldung des Exchange Telegraph aus Washington will Präsident Wilson mit Deutschland und Österreich über einen Separatvertrag verhandeln.

Washington, 21. März. Im Repräsentantenhaus wurde eine gemeinsame Entschließung eingebracht, in der der Friedensvertrag mit Deutschland erklärt und von Deutschland verlangt wird, daß es alle Rechte, die Amerika im Friedensvertrag zu fordern hat, anerkennt.

Berlin, 24. März. Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika hat den deutschen Regierung gegenüber eine Entschließung über die jüngst erfolgte Befreiung der militärischen Empörer und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände aufdringlich gegeben. Es ist überzeugt, daß die öffentliche Meinung in Amerika alle Versuche, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, die darauf abzielen, ordnete und feste Zustände zu durchbrechen, aufs äußerste mißbilligen würde. Gewaltakte oder Bestrebungen, eine Staatsumklammerung durch ungeschickliche Mittel herbeizuführen, würden dazu beitragen, die Wiederaufnahme guter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aus schweren Gefahren zu gefährden. Solche Handlungen würden aufs ernsthafte die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Aufzehrung der gegenwärtig ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durchkreuzen, die durch Hilfmaßnahmen geplant und bereits eingeleitet sei.

China. Alle Ingenieure der Hütte sind der Ansicht, daß es uns nicht gelingen wird, zu dem bestimmten Termine zu liefern. Ich habe also einen Gedanken aufgegriffen, nach dem wir eine weit größere Anzahl von Schienen werden walzen können. Verstehst du, kleine Renate? Die Produktionsfähigkeit der Paulinenhütte soll sich verdoppeln. Meine Erfahrung wird das Unmöglich Mögliche gestalten, wenn der Direktor sich entschließt, sie anzunehmen. Sie arbeiten zu lassen. Das war es, was ich dir verschwiegen habe. Das war rede ich jetzt davon," unterbrach er sich, "was spreche ich von Geschichten und Erfindungen, an dem glücklichen Tage meines Lebens. An dem Tage, da du mir eigentlich geschenkt bist, du mein Welt. Komm, komm zu mir." Er stand auf und streckte ihr die Arme entgegen.

Und ohne ein Wort zu sprechen, ließ sie auf ihn zu, warf sich an seine Brust, während die Augen in einem hellen Schein glänzten.

„Was es schlimm, wenn du später kommst?“ fragte Renate am anderen Morgen, als sie am Frühstückstisch saßen. Otto zog die Uhr.

„Es ist zehn, aber wer wird es mir wohl verdenken, wenn ich am ersten Tage meiner jungen Ehe nicht pünktlich um zehn auf der Hütte bin. Weißt du, ist glaube, es erwartet mich heute eigentlich kein Mensch. Sie denken gewiß, daß ich erst morgen auf dem Schuhplatz meiner Tätigkeit erscheinen werde.“

Er trank den düstigen Tee, den Renate ihm reichte, ob die Schichten, die sie ihm zurechtmachte, und wenn er einen neuen Bissen nahm, blieben seine Lippen immer wieder auf den Schlänen, welchen Hingern hingen, die jetzt den Ehering trugen.

„Ich esse jetzt, mein Liebling,“ sagte er, machte aber nicht die geringsten Anstrengungen, fortzufressen, sondern hielt Renate noch in seinen Armen, es schien, als wollte er sie nie mehr loslassen.

„Sch, geh,“ rief er nieder. Über mich sie umklammerte Oskar, ihre Stimme war schwach und lebendig. „Sch, geh, sonst kommt du überhaupt nicht mehr hin.“

Eigentlich habe ich die Lust dazu verloren. Ich hätte wirklich die besten Absichten, einen Tag länger Betteln zu machen, aus mein Gewissen treibt mich, die Erde bringt fest, wie wir.

Das amerikanische Heeresgesetz

Amsterdam, 20. März. Eine Reutermeldung aus Washington nahm des Repräsentantenhauses das Heeresgesetz an. Es steht 17800 Offiziere und 299000 Mann vor.

Frankreichs Beziehungen zu Deutschland

Paris, 20. März. Ministerpräsident Millerand erklärte einem Korrespondenten des "Daily Chronicle", daß Frankreich nicht befähigt, irgendwie in die innere Politik Deutschlands einzutreten, oder Frankreich könne kein unabhängiger Faktor bleiben, wenn die nationale Sicherheit durch den Verlauf des Kriegs in Deutschland bedroht würde.

Die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland habe niemals darin bestanden, und werde niemals darin bestehen, eine einfache Rache zu haben. Ein französischer Charakter liegt nicht eine Rachepolitik gegenüber einem besiegierten Feinde, selbst wenn dieser Feind Deutschland sei. Aber Frankreich muß verlangen, daß seine Forderungen voll befriedigt werden. Unter diesem Punkt kann sich Frankreich niemals in einen Vergleich einlassen. An den zukünftigen Beziehungen Frankreichs zu Deutschland sei die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen, aber eine solche Zusammenarbeit hängt notwendigerweise von der Ausführung der Verpflichtungen ab, die der Friedensvertrag Deutschland auferlegt. Es sei von grundlegender Bedeutung für Frankreich, daß seine Zukunft, wie sie durch den Friedensvertrag garantiert sei, erhalten bleibe, und daß seine Interessen gewahrt würden. Deshalb werde sich Frankreich auch sehr in der Notwendigkeit befinden, jedem Versuch, den Friedensvertrag von Verfallen zu revidieren, entgegenzutreten. Denn Deutschland mußte ja an seine Verpflichtungen halten. Das geht jedoch der Verbündeten nicht weniger an, als Frankreich selbst, denn die Interessen der Alliierten stehen unlosbar vereint, und wenn einer von ihnen bedroht würde, bedroht würde, besünden sich auch die anderen in Gefahr.

Der Oberste Rat und der Appell-Versuch

Dresden, 20. März. Der englische Gesellschafter hat gestern beim Reichsminister Schiffer vorgesprochen und ihm eine Note überreicht, in der der Oberste Rat seinen Wehrkraft misst, die Belieferung mit Lebensmitteln und Waffenstoffen sowohl einem monarchischen Deutschland als auch einer Räterepublik zu sperren.

Der Ministerpräsident Dr. Grabenauer.

Die irische Frage

Paris, 20. März. Nach einer Haarmeldung aus Washington hat der Senat mit 38 gegen 35 Stimmen einen Vorbehalt zum Friedensvertrag eingebracht, in dem die Sympathie für die Beziehungen des irischen Volkes sowie die Hoffnung ausgedrückt werden, daß die Stunde bald für Irland gekommen sei, eine Regierung nach seiner Wahl zu bestellen. — Wie der Londoner Korrespondent des "Times" meldet, wird das Unterhausmitglied Edward am Montag an Lloyd George die Frage richten, ob es wahr sei, daß eine neue Erhebung in Irland für den Obermontag geplant gewesen sei, und daß diese Erhebung begleitet sei von Kämpfen von Süden in Liverpool, Manchester und Glasgow, und ob es wahr sei, daß die britische Flotte auf See Wasser und Munition, die aus Deutschland gekommen seien, angesetzte habe, und ob man ferner glauben dürfe, daß die deutsche Geheimpolizei (1) diesen Erhebungsplan unterstützt.

Die Akkordarbeit in England

Paris, 20. März. Nach einer Haarmeldung des "International" aus London habe es Trade-Unions mit über einer Million Mitglieder gestern befohlen, daß sie unter den angeblichen wirtschaftlichen Verhältnissen, um die Produktion zu erhöhen, sich auf Stücklohn einlassen wollen. Wie der Vertreter des Blattes meldet, ist eine Bewegung in allen Trade-Unions im Gange, um eine Abstimmung in dieser Frage zu veranlassen.

Lloyd George gegen die Sozialisten

Amsterdam, 20. März. Eine Reuter-Meldung zufolge erklärte Hendon, Lloyd George habe in seiner Rede vom 18. März der Arbeiterpartei den Krieg erklärt. Die Arbeiter nehmen die Herausforderung an. "Daily News" aufgeklärt Churchill, da der deutsche Militarismus vernichtet sei, habe die sozialistische Partei in England die düstere und schlimme Gefahr für die britische Zivilisation. Churchill forderte die unionistische und liberale Partei auf, unverzüglich gegen die Sozialisten Front zu machen. Er trat für die Unterstützung Lloyd Georges ein.

Unterhandlungsvorschläge der Bolschewisten an Japan

Paris, 21. März. Nach einer Haarmeldung aus Tokio vom 18. März hat der tschechische General Círak am 11. März den japanischen Vertreter in Vladivostok einen Besuch abgestellt, um ihm Vorschläge seitens des Vertreters der bolschewistischen Regierung in Sibirien zu machen. Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, die Armeen auf der jetzigen Linie zu halten, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und einen Ort zu bestimmen, um Unterhandlungen anzutreten. Der japanische Vertreter hat geantwortet, er werde diese Vorschläge seiner Regierung übermitteln. Japanische Verstärkungen sind am 10. März in Tschita eingetroffen. Der Rücktransport der tschechischen Truppen ging ohne Zwischenfall vonstatt.

Ein türkischer Diktator in Thraxien

Bern, 20. März. Wie aus London gemeldet wird, hat sich der türkische Oberst Japahn zum Diktator in Thraxien ausgerufen und den Krieg gegen die Entente erklärt.

Schwedens Glückwunsch

Stuttgart, 20. März. Ministerpräsident Branting sprach gestern in Stockholm bei einem Empfang des deutschen Gesandten Fabrikant der deutschen Regierung seine besten Wünsche zur

Und als er sich nun wandte, drehte er sich noch einmal um: „Läßt dir die Stunden nicht zu lang werden, kleine Renate, ich bin um dich.“

Ihr heiteres Lachen flang an sein Ohr. Sie stand auf der Stufe des Balkons, die hinaufzuführen in den Garten und blickte ihm nach, bis er verschwunden war.

Renate trat langsam in das Haus zurück. In ihrem kleinen Reich war sie sich auf das Sofa und zog die Augen. Alberano war zu ordnen, sie mußte die Sprünge eindämmen und wollte vor seiner Heimkehr mit der Arbeit fertig sein. „Wer sie kommt, sich nicht von der Sonnenblume, die zuwachsenden Kräutern losreissen. Was war ihr Leben bisher? Arbeit, Sorgen, ein dämmlicher Tag, ohne Sonne. Jetzt hatte sie den schönsten Lohn errungen.“ Was war Alberano, seine Fürsorge, seine Bärlichkeit?

Ein Lächeln umspielte ihre Lippen, golden schimmernd ihr Haar, sie schloß von neuem die Augen.

„Es war beinahe zwölf Uhr, als sie erwachte. Suchend schaute sie sich um. Sie mußte sich lehnen, wo sie war, und rieb seinen Namen. Renate, er war nicht hier, und schrecklich lange Stunden würden vergehen, bis er zurückkäme.“

Mit Hilfe des kleinen Dienstmädchen begann sie ihre Arbeit und freute sich, wie bald Candide begriff, was sie wollte. Stille um Stadt wurde in den Schrank gepackt, und wenn Candide über die Brücke der einzelnen Quadranten in Englands ausbrach, dachte Renate daran, daß all das Schöne ihr allein bestimmt war. Gedacht waren sie mit der Hausarbeit fertig geworden. Renate hatte in der Küche nach dem Rechten gekehrt,

aus Washington
an. Es steht

Deutschland

er und erkennt nicht die
eigene Angreifer, wenn die nationale
und die bürgerliche
Sicherheit durch die
sozialdemokratische
Partei und die
sozialdemokratische
Gesellschaften
verhindert werden.

Das gebe jedoch
selbst, denn die
sozialdemokratische
Partei ist in Gefahr.

+Putz

schäftsminister
und ihm eine
Botschaft mitteilt, die
einem monarchischen
Zerren.

Bradnauer.

aus Washington
Borbehalt zum
Kampf für die
sozialdemokratische
Partei, eine Re-
aktionsschwäche
ob es wahr sei,
sonst geplant
sollte von Aus-
und ob es wahr
ist, um dann
durch ob man ferner
diesen Erhebung-

ung des „Unter-
ber einer Million
ausgewöhnlichen
zu erhöhen, sich
der des Blotes
im Gange, um

ung zufolge er-
einer Rede vom
Arbeiter nehmen
verbürgte Churchill,
sozialistische
Gefahr für die
sozialistische
Front zu machen.

in Japan
ung aus Tokio
am 11. März
sich abgestattet,
sich erlaubt
laufen darauf
und weiteres
bestimmen, um
der Vertreter hat
ung übermitteln.
sich eingetroffen
ohne Zwischenfall

gten
et wird, hat sich
Thragien ange-
kert.

raktion sprach
ischen Gefanden
in Wünsche zur

noch einmal um-
nenate, ich bin um

and auf der Stufe
die ihm noch, bis

In ihrem kleinen
Altersheim war
mehr vor seines
sich nicht von der
s war ihr Leben
unne. Zeit hatte
ich, Mütze, Schaf-
ne Fürsorge, keine

umwirte ihr Haar,

suchend schaute
und rief seinen Na-
Stunden würde

n sie ihre Arbeit
wolle. Sollt um
Lambido über die
brauch, dasche Re-
ant war. Gerade

genate hatte in den
ihm mit Blumen
gegangen getragen
s, das mit neu er-
haar, die Augen,
d wie bei einem

ungen Mag)

Schwerpunktsetzung des rechtsradikalen Parteien aus und hat den
Gesamtbund, dem Reichspräsidenten Goettl seine persönlichen Wünsche
zu übermitteln.

Ausruft der Reichsregierung

Berlin, 20. März. Die Reichsregierung, gezeichnet
Vauer, erläuterte folgenden Ausruf: Arbeiters Kampf ist
davon ausgeschlossen, General von Lützow entlassen. Der Oberreichskommissar
hat das Hochverratsverfahren gegen die Kämpfer bereits eingeleitet.
Die verfassungsmäßige, vom Volkswillen bestimte und getragene Regierung
Vauer ist wieder im vollen Besitz der Reichsregierung. Alle in Berlin
befindlichen Truppen der Reichs- und Sicherheitskräfte stehen fest
hinter der Regierung. Die Verhandlungen über das Abkommen des Generalkreises
finden im Moment. Durch ihren begründeten Kampf für die
Demokratie hat sich die Arbeiterschaft einen unantastbaren Anspruch auf
Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen
Rechte erworben. Die Sympathie der ganzen Welt war bei diesem
Kampf gegen die Militärdiktatur auf der Seite des deutschen Volkes.
Am Donnerstag hat bereits der königliche Geschäftsträger der
Marine die Reichsregierung zu ihrem Sieg über Marx und
Lützow gratuliert. Am Freitag ist der englische Geschäftsträger
Lord Kilmarnock erklart, dass die Bevölkerung von Lebensmittel-
Möglichkeiten und Krediten nur möglich wäre, wenn im Namen Deutschlands
verfassungsmäßige Ressourcen herstellen und die Wache und
Ordnung wieder von rechts nach links gesetzt würden. Weder mit der
Diktatur noch die Demokratie!

Ministeriumsleiter Mosse bleibt

Berlin, 21. März. Das Rücktrittsabkommen des Reichspräsidenten ist vom Reichspräsidenten abgelehnt worden. Nachdem in einer Sitzung der sozial-
demokratischen Fraktion die politische Lage einander berichtet worden
war, wurde in der Fraktion der Reichsrat gefordert, Mosse zu erhalten,
den Polizei- und Reichsminister weiterhin zu belassen. Mosse hat
daraufhin sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen und verbleibt im Amt.

Neuwahlung der Reichswehr

Stuttgart, 21. März. Reichspräsident Goettl äußerte einem
Vertreter der Schweizer Agentur gegenüber: Der Vorstand der Orts-
verbände wurde durch die legale Sitzung zusammengesetzelt.
In ihnen stehen auch Teile der unabhängigen Arbeiterschaft und
selbst der Deutschen Volkspartei. Auf der Grundlage der treue-
bliebenen Truppen wird die Reichswehr neu geordnet werden.
Soweit die alliierten Mächte ein Interesse daran haben, das Deutschland
den Friedensvertrag erfüllt, müssen sie daran denken, in
Kunst der Heeresstärke gewisse Konzessionen zu machen.

Die Nationalversammlung in Berlin

Berlin, 21. März. Präsident Fehrenbach ersuchte die Mit-
glieder der Nationalversammlung telegraphisch, sich Montag,
den 22. März, in Berlin einzufinden, damit am folgenden Tage die
Fraktionen zu Beratungen zusammenzutreffen. Die nächste
Sitzung wird voraussichtlich Mittwoch, den 24. März, nachmittags
stattfinden.

Minister Heine über die Einwohnerwehren

Berlin, 20. März. In einer Erklärung stellt der preußische
Minister Heine fest, dass die Einwohnerwehren von ihm ein-
gerichtet Selbstschutzbündnisse zur Aufrechterhaltung von Ruhe und
Ordnung seien. Sie ständen noch wie vor einsichtig hinter der
verfassungsmäßigen Regierung. Er eracht alle Behörden, allen
falschen Verichten über die Einwohnerwehren entgegenzutreten. Die
Einwohnerwehren seien in Verbindung mit der Reichswehr und
Sicherheitspolizei das einzige Mittel zur Verhütung des Volks-
aufstandes (Militärdiktatur). Sie müssten daher mit allen Mitteln
unterstellt, aber nicht aus parteipolitischen Gründen in ihrer Tätig-
keit beschränkt werden.

Rücktrittsgesuch Heines

Berlin, 20. März. Die preußische Landesversammlung
ist bereits am Mittwoch den 24. März einberufen. Minister Heine
hat am Mittwochabend nach seiner Rückkehr aus Stuttgart dem
preußischen Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch mit der
Bitte um sofortige Beurlaubung unterbreitet. Dieser Bitte konnte
wegen des Standes der Geschäfte nicht entsprochen werden.

Die Berliner Einigungspunkte

Berlin, 20. März. Die Lage in Berlin war am Sonnabend
morgen zunächst unverändert. Der Generalkreis war noch in vollem
Umfange durchgeführt. Die Nacht vom Freitag auf Sonnabend ist
in vielen Stadtteilen sehr unruhig verlaufen. Es ist an verschiedenen
Orten zu Zusammenstößen gekommen. Besonders heftig waren diese
im Stadtteil Neukölln. Im Laufe des Vormittags wurden zur Vor-
sicht eine Anzahl Straßen und Plätze im Westen und Norden Berlins
gestürmt. In den Straßenzügen trat eine wichtige Entspannung
der Lage ein. Es war in der Öffentlichkeit bekannt geworden, dass be-
züglich der Forderungen der Gewerkschaften eine Einigung zu erwarten
gewesen war. Neben diesen weitgehenden Forderungen der Gewerkschaften,
die am Freitag nachmittag um 5 Uhr ihren Anfang nahmen,
wurde bis am Sonnabend morgen 5 Uhr beraten. Die Verhandlungen
waren schwer, aufgrund der unterschiedlichen Haltung und
schließlich eine Einigung erzielt, durch die die weitgehenden Forderungen
der Gewerkschaften erfüllt wurden, als Generalleutnant v. Storch von der Reichs-
regierung seines Vortrags enthalten waren. Die Einigung ist und
betreffend die Übernahme des Sicherheitsdienstes durch die organisierten
Arbeitsgemeinschaften rechtlich abgeschwächt worden. Das Wehr-
ministerium ist zunächst, dass die Gewerkschaften auf Grund dieser zuvor
getroffenen Einigung sich bereit erklärt, die Parole zur Beendigung
des Generalkreises auszugeben. Bei den Verhandlungen waren auch
einige Mitglieder der Unabhängigen anwesend.

Die Berliner Einigungspunkte

Im Augenblick kann
man nur so viel sagen, dass die Lage entspannt und der Bürgerkrieg
bereits vorbei ist. Man darf sich aber nicht darüber hinwegtäuschen,
dass die Gewerkschaften rechts positioniert ist. Die größten der Ver-
treter der Mehrheitsparteien und der Vertreter der Gewerkschaften,
der Angestelltenverbände und des deutschen Beamtenbundes getroffenen
Abmachungen haben folgenden Wortlaut:

1. Die anwesenden Parteivertreter werden bei ihren Fraktionen
dafür eintragen, dass bei den bevorstehenden Neubildungen der
Regierung die Gewerkschaften von den Parteien gelöst wird nach
Rücksicht und Verständigung mit den beteiligten Organisationen.

2. Den Organisationen wird bei Neuverteilung der Ge-
samtversammlung ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht unter
Wahrung der Rechte der Verfassung eingeräumt.

3. Sofortige Entmischung und Bestrafung der am
Büro beteiligten Persönlichkeiten und der in Ver-
trag kommenden Beamten.

4. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung
von gegenrevolutionären Persönlichkeiten.

5. Sofortige Durchführung der Verwaltungsreform auf demo-
kratischer Grundlage und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Organisa-
tionen.

6. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaf-
fung neuer sozialer Gesetze, den Arbeitern, Angestell-
ten und Beamten alle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung an-
wählesten. Schlanke Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

7. Sofortige Annahmenahme der Sozialisierung
der hierzu zentralen Wirtschaftsmaße auf Grund der
Beschlüsse der Sozialisierungskommission, die sofort zusammenzutreffen
und durch Vertreter der Berufsvereine ergreift werden soll.

8. Wirtschaftliche Erfassung, gegebenenfalls Ent-
eignung der verfügbaren Lebensmittel, Verschärfung
des Wirtschafts- und Erhaltung von Lieferungsverträgen in der Land-
wirtschaft und.

9. Aufgrund aller der Verfassung nicht trennbar gebliebenen gegen-
revolutionären Formationen und Erfassung durch Kommissionen aus
den Kreisen der zuverlässigen revolutionären Bevölkerung, insbeson-
dere Verhaftung der Verbände ohne Berücksichtigung des übrigen
Gesetzes.

Abbruch des Generalkreises

Berlin, 20. März. Der sächsische Deutsche Gewerkschaftsbund
(Begleiter), die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Begleiter)
und der Deutsche Gewerkschaftsbund (Begleiter, Schrift) erklärten an den Ge-
schäften abgesehen abzutreten.

Hergestellten folgende Ausgabeung: Die Vertreterkonferenz der am
Generalkreis beteiligten Organisationen der Arbeiter, Angestellten und
Beamten erklärt, dass sie von den durch ihren Verhandlungsausschuss
mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien erzielten Verhand-
lungen zwar nicht restlos befriedigt seien, ihnen aber gleichwohl zu-
stimmt und hiermit den Generalkreis mit dem heutigen Tage
als beendet erklärt. Als Ergebnis der Verhandlungen wurden dann
die von uns im wesentlichen bereit gemeldeten Punkte mitgeteilt.

Berlin, 20. März. Dem Reichspostministerium geht
vom Aktionsausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Mit-
teilung zur Kenntnisnahme der Vereinbarungen unter Berücksichtung mit den
Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenverbänden sowie mit den
Regierungsparteien haben wir zugestimmt. Der Betrieb ist wieder auf
zurück zu bringen.

Berlin, 21. März. Über die Lage in Berlin wird u. a.
mitgeteilt: Die Generalkommision der Gewerkschaften und die Ver-
einigung Gewerkschaftskommision haben den Abriss des Generalkreises
proklamiert. Demgegenüber beharrt die Generalkreisleitung in
Berlin, deren Mitglieder größtenteils der U. G. P. D. angehören,
die der Weiterführung des Generalkreises.

Berlin, 21. März. Wie wir hören, ist der Polizeipräsident
Grau auf vier Wochen beurlaubt worden und Polizeipräsident
Gustav Richter aus Charlottenburg mit seiner Vertretung beauf-
tragt worden.

Aus dem Reiche

Bremen, 20. März. Gerüchten gemäß, wonach die Häfen
an der Nordsee in den Händen der Bolschewisten seien, stellt Bör-
mann Telegr. Bureau fest, dass vom Bolschewismus keine Rede zu-
machen ist. In den Häfen wird voll gearbeitet.

Münster, 21. März. Hier kam es gestern auf dem
Schloßplatz in einer Sichtstelle, bei der acht Personen verletzt wurden.
Zwei Personen sind von ihnen zwischen gehalten.

Königsberg, 21. März. Hier kam es gestern auf dem
Schloßplatz in einer Sichtstelle, bei der acht Personen verletzt wurden.
Zwei Personen sind von ihnen zwischen gehalten.

Frankfurt a. M., 21. März. Der Vorstand der Frankfurter
Förde beklagt, von heute, Montag, ab Förderveranstaltungen abzu-
holen und die Rettungen der Devision vornehmen zu lassen. Förder-
höfe werden zunächst bis Ende dieses Monats wieder Montag, Mittwoch und
Freitag stattfinden. Die Rettungen der Devisionen werden wieder
aufgenommen. Ein kleiner Teil der Kommunistischen Partei
ist von der Fortsetzung des Generalkreises ab. Die Stimmen
blieben geteilt.

Magdeburg, 21. März. Die Streitlage ist noch ungeklärt.
Die Großbetriebe ruhen. Der Straßenbahnbetrieb wird durch
Streikende gestört. Der Eisenbahnbetrieb ist noch immer be-
schränkt.

Halle, 21. März. Während des gestrigen Tages und in der
Nacht kam es zu lebhaften Feuergefechten zwischen den Truppen
und bewaffneten Arbeitern. Die Stadt Halle soll ziemlich von
Arbeitern eingeschlossen sein.

Wolfsburg (Büd.), 21. März. Erfurt und Langensalza
sind in sicherem Schutz der Truppen, während Gotha sich
in den Händen der Kämpfer befindet. Verwundete sind von den
Kämpfern erschossen worden.

Berlin, 20. März. Wie uns mitgeteilt wird, ist es in Essen a. d.
Wühr zu schweren Kämpfen gekommen. 300 Tote und 1000 Verletzte
auf beiden Seiten. Einige der Kämpfer sind von Unabhängigkeiten und
Sicherheitspolizisten geschossen worden. 1200 Soldaten und Mannschaften
wurden auf befehligtes Gebiet übergetreten.

Die Ruhe im Ruhrgebiet

Recklinghausen am Moira, 21. März. Im Ruhrgebiet ist die
Lage ernst. In einigen Orten wurden Rauhreisungen ausge-
tragen. Die Truppen des Generals Walter haben zu schwach zu
sein, um der Bewegung Herr zu werden. Verstärkungen der Reichs-
wehr sind dorthin abgezogen worden. Wie in Dortmund ge-
meldet wird, hat die Reichswehr Freitag mittag Essen planmäßig
geräumt. Endow hat die Garnison Bühlheim die Stadt aus-
nahmsweise verlassen. Der Militärbeauftragte des Duis-
burger Bezirks erklärte, dass die Befreiung bestrebt ist, die Kom-
munisten hinter der Ruhe festzuhalten. Im Ruhrgebiet sind die
Aufständischen im Besitz der Macht. In Essen hat sich ein
Kohlenrat aus Unabhängigen und Wertheimsozialisten gebildet, der
die Kohlen nur dort erhält, wo als Gewerkschaft Lebensmittel ge-
liefernt werden. In Dortmund ist nach den vergangenen Kampf-
tagen Ruhe eingetreten. Die Bevölkerung der Opfer findet
heute statt. Die sozialen und Lebensmitteljäger verfehlten. Die
Reichs- und Sicherheitswehr hat sich in Duisburg zurückgezogen.
Verprengte Reste der Reichswehr haben sich im Speldorf Walde
versteckt. Die Kämpfer sind im Laufe des Tages eingetroffen. An einer
Stelle kam es zu Kämpfen zwischen bewaffneten und unbewaffneten
Arbeitern. Ein Anhänger gegen die Wohnung des Leiters der Zechen-
polizei verlor einen Fuß. Der Eisenbahnbetrieb im Ruhrgebiet von
Leipzig ist heute vormittag 6 Uhr in vollem Umfang wieder auf-
genommen worden. In Hagen wurde die Arbeit wieder aufgenommen.
In Bochum geriet die Polizei in einen Streit mit den Demonstranten aus dem Aktionsausschuss ausgetreten. Die Beamten wollen in den Kreis
treten, falls die Rauhreisung ausgerufen wird. Die Arbeitswilligen wurden von den Kommunisten an der Aufnahme der Arbeit gehindert.

Örtlich, 20. März. In der gestrigen Sitzung ordneten
sich nach erster Aussprache über die neuen Gesetze der deut-
schen Städteordnungsverordnung Auftrag Roth von seinem
Amt zurück. Darauf wurde folgender Antrag angenommen: Die
Stadtverordnungskommission fordert von dem Reichsverkehrsministerium
die sofortige Entlassung des Obersten Baupolizist in Görlitz.

Ruhe in Leipzig

Leipzig, 20. März. Seit heute mittag herrscht hier Ruhe zu-
sammen. Die organisierten Arbeiter haben die Stütze verlassen,
nur Kommunisten und Banden stehen noch Widerstand. Die innere
Stadt ist wieder zugänglich. Auch gegen den Wohl in die Reichs-
wehr erfolgreich vorgegangen, sodass am Nachmittag vollständige
Ruhe herrsche.

Neben die Kämpfe am 19. erfahren wir noch folgendes: Be-
fehlstötliche und Reichswehr niemals kurz vor dem
Angriff auf die Garnison Bühlheim im Ruhrgebiet für die
Stadt in den Norden der Stadt, in den sie gegen inneren Städten und in
dem angrenzenden Gebiet bis zur Arbeitsfläche am Reichsgebiet.
Die Verbände der Truppen am Bahnhof bringen 5 Tote,
12 Schwerverwundete und ein leichtverwundeter. 10 Gefangene
wurden gemacht. Neuverrichtungen von Passagieren finden vielfach
statt. Die Kämpfe wurden oft aus dem Hinterhalt geführt durch
verbündete Rauhreisende. Im Laufe des Spätabends wurden vom
Wohl mehrere Gebäude in der Gegend der Blasewitzer Straße
in Brand gesetzt und die Feuerwehr zunächst verhindert. Die Wache und
Rauhreisende feierten die Entzündung und verhinderten die Feuerwehr.
Die Wache ist wieder zugänglich. Auch gegen den Wohl in die Reichs-
wehr erfolgreich vorgegangen. Ein Teil der Wache ist Waffenabgabe erfolgt. Es
ist jedoch ein Transport von Waffen nach auswärtigen Stationen
vorgenommen worden. Die Feuerwehr ist Waffenabgabe erfolgt. Es
ist jedoch ein Transport von Waffen nach auswärtigen Stationen
vorgenommen worden. Die Feuerwehr ist Waffenabgabe erfolgt. Es<br

